

AFGHANISTAN

Schießbefehl vom Roten Baron

Die Vorwürfe gegen Oberst Georg Klein verdichten sich. Offenbar hat er gegenüber den Bomberpiloten falsche Angaben gemacht und auf eine Warnung der Menschen vor Ort verzichtet. Derweil kommen neue gefährliche Aufgaben auf die Bundeswehr zu.

Nun sind die Ermittler da. Sie wohnen in seinem Camp, befragen seine Leute, sie lassen sich die Räume zeigen, die Geräte, sie hören die Bänder ab mit dem Funkverkehr. Es geht um die Frage, ob er schuldig ist oder nicht.

Oberst Georg Klein ist immer noch in Kunduz. Seine Dienstzeit hier wäre in dieser Woche, nach einem halben Jahr, eigentlich beendet gewesen. Er hätte nach Hause gekonnt, aber nun muss er bleiben, weil seine Abreise wie ein Schuldeingeständnis wirken würde.

Also ist er noch da, sieht täglich den Chef der Ermittler, Nato-General C. S. Sullivan aus Kanada, und wird sich wohl selbst ständig befragen, wie es dazu kam, dass er diesen Befehl erteilt hat. Es heißt, er sei mit den Nerven ziemlich am Ende.

"Weapons release!", Freigabe der Waffen. Das war sein Befehl, ein paar Wörter nur. Aber sie haben wohl 100 Menschen das Leben gekostet, darunter auch Zivilisten, und die Debatte um den deutschen Einsatz in Afghanistan neu entfacht.

"Um 1.51 Uhr entschloss ich mich, den Befehl zu geben", schreibt Oberst Klein in einem Bericht über den 4. September an das Verteidigungsministerium in Berlin. Daraufhin warfen zwei amerikanische Jagdbomber vom Typ F-15 zwei Bomben ab. Sie trafen zwei Tanklastzüge, die eine Gruppe von Taliban gut fünf Stunden zuvor entführt hatte.

Der Angriff war ein Fehler, so viel scheint klar. Aber nun verdichten sich auch noch Hinweise, dass Oberst Klein die Bestimmungen verletzt haben könnte. Es geht um die Frage, ob er die Piloten über den Ernst der Lage richtig informierte und ob er eine Stufe der Eskalationsleiter ausließ.

Das Bombardement veränderte die politische Lage in der Heimat. Die Linkspartei nutzte den Vorfall und rief zur großen Anti-Kriegs-Demo ans Brandenburger Tor. Kurz darauf legte Außenminister Frank-Walter Steinmeier ein Konzept vor, wie Deutschland einen Abzug aus Afghanistan einleiten kann.

Doch geheime Isaf-Dokumente legen nahe, dass die Bundeswehr erst mal tiefer in den Konflikt hineingezogen wird. Es sind mehr Kämpfe zu erwarten, nicht weniger.

Am Freitag tauchte dann ein neues Qaida-Video mit einer Drohbotschaft in deutscher Sprache auf, die sich an die deutschen Wähler sowie an die Bundeskanzlerin und deren Afghanistan-Politik richtet.

Der Deutsch-Marokkaner Bekkay Harrach, den Sicherheitsbehörden der mittleren Führungsebene von al-Qaida zu rechnen, droht darin mit Anschlägen auf deutschem Boden, sollte das Wahlergebnis die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes bedeuten. "Die Bundesregierung nimmt die Drohung von al-Qaida nicht ernst genug", sagt Harrach in dem Video, das nach Regierungsangaben authentisch ist. Der Terrorist fordert die Muslime in Deutschland zudem auf, in den 14 Tagen nach der Wahl "von allem, was nicht lebensnotwendig ist, fernzubleiben". Plötzlich ist Afghanistan ganz nah. Seit Freitag patrouillieren Bundespolizisten mit Maschinenpistolen an deutschen Flughäfen und Bahnhöfen.

Weapons release. Für die Zukunft dieses Einsatzes wird auch die Frage wichtig sein, wie Oberst Klein zu seiner Entscheidung gekommen ist und warum er der Menschenansammlung an den Tanklastzügen offenbar keine Warnung zukommen ließ.

Die Besatzungen der F-15-Jagdbomber hatten den deutschen Oberst und seinen Fliegerleitoffizier in Kunduz gefragt, ob sie mit ihren Jets zunächst im Tiefflug über die Tanker donnern sollten. Eine solche Demonstration der Stärke, "Show of Force" genannt, hätte Taliban-Kämpfern, aber auch Zivilisten eine Chance gegeben zu fliehen. Klein lehnte angeblich ab. Somit hätte er "eine Eskalationsstufe ausgelassen", die nach den Nato-Prozeduren dem Bombardement vorangehen müsse, hieß es vergangene Woche in Berlin.

Nach Informationen des SPIEGEL fragten die Piloten, ob eine akute Bedrohung vorliege, ein sogenannter "imminent threat". Oberst Klein ließ dies durch ein

knappes "confirmed" seines Fliegerleitoffiziers bestätigen. Dieser, ein Oberfeldwebel, trug übrigens den Codenamen "Red Baron", der zurückgeht auf den "Roten Baron" Manfred von Richtofen, der im Ersten Weltkrieg 80 Flugzeuge abgeschossen hatte.

Die amerikanischen Piloten fragten auch, zweimal, ob die eigenen Truppen Feindberührung hätten, genannt "troops in contact". Wieder hörten sie: "confirmed". Tatsächlich waren aber wohl keine Truppen aus dem Feldlager in Kunduz ausgerückt, um die Lage im Flussbett zu erkunden. Da die Tanker seit Stunden feststeckten, gab es wohl auch keine akute Bedrohung für das Camp.

Ohne Feindberührung und akute Bedrohung hätte Klein den Befehl zum Luftangriff nicht eigenmächtig erteilen dürfen. Sind eigene Kräfte nicht akut bedroht, dann muss das Isaf-Hauptquartier in Kabul mit einbezogen werden. Besteht die Gefahr, dass der Luftschlag zivile Opfer fordert, dann kann nur die zuständige Nato-Kommandozentrale im niederländischen Brunssum einen Bombenabwurf freigeben.

Die Vorwürfe wiegen schwer. Sie laufen darauf hinaus, dass Klein und der "Rote Baron" den Piloten die Unwahrheit gesagt haben und das Bombardement unter Angabe falscher Tatsachen befohlen wurde.

Nach außen wird Klein bislang von seinen Vorgesetzten verteidigt. Die Details des Ablaufs seien noch unklar, sagte Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan am Mittwoch nach seiner Rückkehr von einem Blitzbesuch in Kunduz den Wehrexperthen des Bundestags.

Im Berliner Verteidigungsministerium kursierte im Kreis von Kleins Kameraden schon eine Ausrede für die unterlassene Vorwarnung. Ein lärmender Tiefflug sei für die "Beteiligten", die sich nachts um die Tanker geschart hatten, nicht mehr nötig gewesen. Die Jets seien ja längere Zeit über der Gegend herumgekurvt. Das hätten die Menschen im Flussbett gewiss gehört. Allerdings dachten sie bislang auch, die

Deutschen würden diesen Krieg eher zurückhaltend führen.

Klein und sein Fliegerleitoffizier hockten in jener Nacht im dämmerigen Tactical Operations Center in ihrem Gefechtsstand. Sie waren in Kontakt mit einem als zuverlässig geltenden Afghanen, der gemeldet hatte, bei den Lastern seien nur Taliban. Zudem sahen die beiden Deutschen flimmerige Videobilder, die aus den Kampffjets in Echtzeit auf ein "Rover-3"-Gerät übertragen wurden.

Dieses Gerät ähnelt einem gewöhnlichen Laptop, ist aber nicht das neueste Modell. Die Bilder sind schwarzweiß, es lässt sich nur schwer erkennen, womit eine Person tatsächlich bewaffnet ist. "Eine Panzerfaust kann man noch ganz gut sehen", sagt ein kundiger Offizier, "eine gewöhnliche Kalaschnikow eher nicht."

Schon Kleins Vorgänger hatte deshalb im vergangenen Jahr darum gebeten, das "deutlich leistungsstärkere System Rover-4" anzuschaffen, wie es in einem Bericht der Bundeswehr heißt. Das Gerät sei "zwingend notwendig" für "Kräfte, die sich im Schwerpunkt" von Auseinandersetzungen befinden, wie eben in Kunduz, schrieb der Kommandeur der deutschen Truppen im Norden, Brigadegeneral Jörg Vollmer, im August, nur zehn Tage vor der Attacke.

Wegen der "Komplexität der Software" sollten die Rover-Bediener schon in der Heimat ausgebildet werden und nicht erst nach Ankunft in Afghanistan, besagt dazu ein vertraulicher Vermerk vom Oktober 2008: "Dazu gehört die Verfügbarkeitmachung des Systems sowie die Erlaubnis zur Nutzung zu Ausbildungszwecken in Deutschland." Doch bisher stellen die US-Luftstreitkräfte hierzu nur in Ausnahmefällen in Deutschland Flugzeuge zur Verfügung.

Schwerer wiegt, dass sich Deutsche und Amerikaner auch in strategischen Fragen schlecht abgestimmt haben. In der Brüsseler Nato-Zentrale versammelten sich vorigen Mittwoch die Botschafter der 28 Mitgliedsländer, um den General Stanley McChrystal zu hören, der seit Juni Oberkommandierender der Isaf-Stabilisierungstruppen in Afghanistan ist. Per Videoschaltung erläuterte der US-Offizier eine halbe Stunde lang die Strategie, mit der er Aufstände in Afghanistan bekämpfen will.

"Neues Denken" forderte der General. Der Konflikt sei nur zu gewinnen, indem man die Bevölkerung für sich gewinne,

nicht, "indem man einfach Aufständische tötet". Es gelte, sich mit Luftschlägen zurückzuhalten und zivile Opfer so weit wie möglich zu vermeiden.

Den deutschen Teilnehmern der Runde, Diplomaten, Militärs, lief es kalt den Rücken hinunter. Sie dachten an Oberst Klein und die neue Taktik, die sich die Deutschen zurechtgelegt haben. Sie tun mit einiger Verspätung, was Amerikaner und andere Verbündete jahrelang gefordert hatten: Deutsche Truppen nehmen den Kampf gegen die Taliban auf, ohne große Rücksicht auf zivile Verluste.

"Mit dem derzeitigen deutschen Kräfte-dispositiv ist eine sofortige und raumgreifende Lageverbesserung in der gesamten Provinz Kunduz nicht zu erreichen", schreibt Brigadegeneral Vollmer in seinem "Erfahrungsbericht". Um der Taliban Herr zu werden, müssten mehr Soldaten, gepanzerte Fahrzeuge und Kampfhubschrauber her: "Der Einfluss der Aufständischen kann mit konventionellen Kräften und dem derzeitigen Kräfteansatz nicht signifikant reduziert werden."

Es könnte sein, dass die Deutschen ihre neue Strategie demnächst auch außerhalb des relativ sicheren Nordens erproben können. Am Donnerstag wurde im Nato-Rat der 60-Tage-Report des Generals McChrystal verteilt. Auf 70 Seiten fordert er mehr Soldaten für Afghanistan, wichtiger ist ihm allerdings die Verstärkung des zivilen Engagements.

McChrystal will Afghanistan nun aber in regionale Gefährdungszonen (Gefährdungstufe 1 - 3) einteilen, womit die Unterteilung in Nord, Süd, Ost und West an Bedeutung verlieren würde. Das Engagement der Nato soll sich künftig auf Hotspots beschränken. 15 bis 20 besonders kritische Provinzen gelte es mit massivem militärischem, aber noch mehr mit zivilem Einsatz zu befrieden.

Um diese Strategie umsetzen zu können, müsste McChrystal allerdings auch die regionalen Einsatzbeschränkungen abschaffen. "Da wird bald die Forderung kommen, dass deutsche Soldaten auch im Süden kämpfen müssen", befürchtet ein hochrangiger Offizier.

Klare Ziele nennt McChrystal vor allem für die afghanischen Sicherheitskräfte. So soll die afghanische Nationalarmee bis zum Jahr 2013 auf rund 250 000 Soldaten, die afghanische Polizei auf 160 000 Kräfte anwachsen.

Damit widerspricht der Amerikaner deutlich der Einschätzung des deutschen Verteidigungsministers Franz Josef Jung. Der hatte noch am vorvergangenen Sonntag verkündet, schon mit 134 000 Soldaten und ebenso vielen Polizisten sei Afghanistan in der Lage, selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Nun dürften neue Forderungen auf die Deutschen zukommen, die Ausbildungskapazitäten erheblich zu erweitern.

Zunächst sollten sie sich allerdings um eine bessere Ausrüstung und Ausbildung für die eigenen Soldaten bemühen. Nicht nur das Rover-Gerät lässt zu wünschen übrig. Der vertrauliche Bericht des Generals Vollmer steht auch sonst in krassem Gegensatz zu Jungs Aussagen, dass die Soldaten in Afghanistan gut ausgerüstet und ausgebildet seien. Nach einem SPIEGEL-Bericht über Ausrüstungsmängel hatte Jungs Pressesprecher Thomas Raabe Ende August nochmals "mit Stolz" darauf verwiesen, "dass wir eine sehr gute Ausrüstung haben". Nur leider deckt sich das nicht mit den Erfahrungen des Generals. Der schickte im August erneut eine lange Mängelliste.

Im Schützenpanzer "Marder" herrschen an sonnigen Tagen Temperaturen von 80 Grad Celsius. Selbst Sauna-erprobte Soldaten halten solche Hitze nicht länger als eine halbe Stunde aus, sagen Mediziner. Fast drei Jahre stehen die Marder schon am Hindukusch, aber eine Klimaanlage haben sie noch immer nicht.

Großer Mangel herrscht entgegen allen Beteuerungen aus dem Wehressort auch an geschützten Fahrzeugen. Allein zwischen Januar und Juli sind "insgesamt 38 deutsche Fahrzeuge ausgefallen oder zerstört worden". Ausreichenden Ersatz gab es nicht. Das "führte besonders im Einsatzraum Kunduz zu Einschränkungen in der Einsatzfähigkeit", schreibt Vollmer.

Im Raum Kunduz hätten die "sicherheitsrelevanten Zwischenfälle" wie Sprengstoffanschläge, Selbstmordattentate und Feuergefechte "ein bislang noch nicht gesehenes Niveau erreicht", so der Brigadegeneral. Deshalb müssten die Truppen bei der Vorbereitung in der Heimat noch besser ausgebildet werden. Für die Infanteriekräfte gehe es um "Angriff abgesehen" und "Gegenstoß", um das "Durchsuchen von Ortschaften und Gebäuden", dazu noch "Verhalten im Hinterhalt" und "Feuerkampf".

So stellt die Realität am Hindukusch Jungs Parolen auf den Kopf. Auftrag der

Bundeswehr, sagt der Verteidigungs-
minister, sei schützen, helfen, vermitteln
und - erst zuletzt - kämpfen.

ULRIKE DEMMER, DIRK KURBJU-
WEIT,

MARCEL ROSENBACH, ALEX-
ANDER SZANDAR